

Danziger Courier.

Kleine Danziger Zeitung für Stadt und Land.
Organ für Jedermann aus dem Volke.

Gelehrten - Anzeiger
Verlagsanstalt Dr. G.
Die Expedition ist zur E
nahme von Inseraten kom
mittirt von 8 bis 10 Uhr
mittags & 4 Uhr geöffnet.
Aufsicht. Annoncen - Ag
toren in Berlin, Hamburg
Frankfurt a. M., Gießen
Heidelberg, Dresden N. 27.
Kassel, Wiesbaden, Han
nover und Bielefeld. Dr. Steiner
G. S. Daube & Co.
Hans Kreidner.
Inseraten - Nr. 1 (sonnt
tag) 30 Bgr. Der größ
te Anzeiger 2. Wiederholu
ng 20 Bgr.

zeigt erachtet, so hat sie es doch nicht für angezeigt gehalten, in der Thronrede ihrer Auffassung Ausdruck zu geben. Was die Eröffnungsrede giebt, ist eine rein sachliche Aufzählung der Vorlagen, die der Reichstag in dieser Session beraten soll. Sucht man aus den Ausdrücken, mit denen einzelne derselben charakterisiert werden, einen Schluß auf die Wichtigkeit zu ziehen, welche die Regierung denselben beilegt, so kommt man nicht darüber hinaus, daß die Militärvorlage für „nothwendig“ erklärt wird — was man ja auch bisher schon wußte — und daß die Annahme des Gesetzes zum Schuß des gewerblichen Arbeitsverhältnisses „zuversichtlich erwartet“ wird. Schwungvoller wird die Sprache erst, wo

„Vater!“ — Der Prinz wird sicherer, daß es nicht einen Krieg über materielle Dinge geben

Ferner haben die freisinnige Volkspartei und die deutsche Volkspartei Anträge eingebracht betreffend die Aufhebung des Zeugnismanges und des fliegenden Gerichtsstandes für die Presse im Strafprozeßverfahren und die Abänderung des Paragraphen gegen den groben Unfug im Strafgesetzbuch. Der letztere soll danach die nachfolgende Fassung erhalten: „Wer durch Erzeugung vom Lärm oder ähnlichen unmittelbar in die Sinne fallenden Handlungen die öffentliche Ruhe in ungebührlicher Weise stört“ u. s. w.

ung einer Pistole zu stellen. Diese hübsche Circus-
at Vater und Brüder — nein, so weit ist es
noch nicht — aber man muß abbrechen, (sofort —
(Fortsetzung folgt.)

(Fortsetzung folgt)

Im Schlusse des Jahres 1902 bestanden: bei der Infanterie 625 Bataillone, bei der Cavallerie 482 Escadrons, bei der Feldartillerie 574 Batterien, bei der Fußartillerie 88 Bataillone, bei den Pionieren 26 Bataillone, bei den Verkehrstruppen 21 Bataillone und bei dem Train 23 Bataillone. Die Bestimmungen des Gesetzes vom 1893 bezüglich der zweijährigen Dienstpflicht bleiben bis 31. März 1904 in Kraft. — Die Mannschaften der Fußtruppen, der fahrenden Feldartillerie und des Trains, welche freiwillig, und die Mannschaften der Cavallerie und reitenden Artillerie, welche gemäß ihrer Dienstverpflichtung drei Jahre activ gedient haben, dienen in der Landwehr des ersten Aufgebots nur drei Jahre. In der Begründung der Militärvorlage heißt es u. a.: „Zwar bietet die Friedenskonvention des Kaisers von Rußland die Gewähr, daß zur Zeit ein Angriffskrieg von dieser Seite nicht beabsichtigt wird, aber eine Abrüstung ist nirgends erfolgt und unter den jetzigen Verhältnissen auch kaum zu erwarten“. Ferner wird betont, daß der spanisch-amerikanische Krieg mit erschreckender Klarheit bewiesen habe, wie schwer der Mangel einer sorgfältigen planmäßigen Kriegsvorbereitung im Frieden sich rächt. Endlich wird darauf hingewiesen, daß unsere Nachbarstaaten Frankreich und Rußland rußlos an der Vervollkommenung ihres Heerwesens arbeiten.

Die Militärvorlage, wie sie nun dem Reichstage vorliegt, umfaßt zwei Gesetzentwürfe; einen, der am 1. April 1899 in Kraft tritt und der die Zahl der Armee-corps auf 22, also um 3 (Preußen, Sachsen, Bayern) erhöht und einen, der die Friedenspräsenzstärke vom 1. Oktober 1899 bis 1902 auf 502.506 Gemeine, Gefreite, Obergefreite erhöht und zwar bis 31. März 1904; im ganzen also beträgt die Erhöhung 23.777 Köpfe. Die Zahl der Infanteriebataillone bleibt also auf 625, die Cavalleriescadrons erhöhen sich auf 482, also um 17, Feldartillerie-Batterien auf 574, also mehr 80, Fußartilleriebataillone 88, also mehr 1, Pioniere 26 Bataillone (mehr 3), Train 23 Bataillone (mehr 2). An die Stelle der 7 Bataillone Eisenbahntruppen treten 11 Bataillone Verkehrstruppen. Betreffend die zweijährige Dienstpflicht bleibt die provisorische Bestimmung des Gesetzes von 1893 für weitere fünf Jahre in Kraft. Begründet wird das also:

„Dank dem unermüdblichen Eifer des Lehrpersonals und der bereitwilligen Gewährung von Mitteln für die Ausbildung der Truppen ist es gelungen, trotz der verkürzten Dienstzeit die Anforderungen des Friedensdienstes vorläufig zu erfüllen. Dies ist auch für die Zukunft zu hoffen, wenn die beabsichtigten Verbesserungen unseres Heerwesens Verwirklichung finden. Voraussetzung ist hierbei allerdings, daß Offiziere wie Unteroffiziere den erhöhten Ansprüchen dauernd gewachsen bleiben und daß besonders die Ausstattung der Armee mit großen Uebungsplätzen beschleunigt wird. Ueber die Wirkung der verkürzten Dienstzeit auf die militärische Leistungsfähigkeit des Beurlaubtenstandes liegen zur Zeit ausreichende Erfahrungen nicht vor.“

Die Streikerhebungen.

Unter dem 10. Juni d. J. ist vom Bundesrat beschlossen worden, von Reich wegen statistische Erhebungen über Streiks und Aussperrungen einzuführen, um zu einer zuverlässigen Statistik auf diesem Gebiete zu gelangen. Bisher war man lediglich auf die privaten Aufstellungen der socialdemokratischen Gewerkschaften angewiesen. Im Zusammenhang mit einer Besprechung der in England, Frankreich, Italien, Oesterreich und Amerika vorhandenen Organisation der Streik-Statistik werden jetzt in dem jüngsten Vierteljahrshefte der Statistik des deutschen Reiches die gemäß dem oben erwähnten Beschluß des Bundesrats getroffenen Bestimmungen und die Formulare für die Nachweisungen über Streiks und Aussperrungen im Wortlaut veröffentlicht.

Demnach sollen vom 1. Januar kommenden Jahres ab die Ortspolizeibehörden über jede gemeinsame Arbeitseinstellung mehrerer gewerblicher Arbeiter (Streik) und über jede gemeinsame Aussperrung mehrerer gewerblicher Arbeiter von der Arbeit (Ausperrung) Nachweisungen ausgefüllt werden, welche sich auf alle bei Streiks und Aussperrungen in Betracht kommenden Fragen erstrecken. Die Prüfung und eventuelle Vervollständigung ist Sache der obersten Verwaltungsbehörden. Wie wenig von einem geheimen Vorgehen in dieser Angelegenheit die Rede sein kann, erhellt schon aus der in dem Bundesrats-Beschluß enthaltenen Bestimmung, daß das kaiserliche statistische Amt auf Grund der Nachweisungen für jedes Vierteljahr eine summarische Uebersicht über die Streiks und Aussperrungen und für jedes Jahr eine ausführliche Statistik derselben „sobald als thunlichst zu veröffentlichen“ hat. Die Formulare für die Nachweisungen enthalten in 14 Punkten alles Notwendige und sind augenscheinlich unter Berücksichtigung der in anderen Ländern mit einer Streikstatistik gemachten Erfahrungen entworfen worden. Als selbstverständlich erscheinen die Fragen nach Umfang und Dauer der Streiks bzw. Aussperrungen, wobei zwischen contractbrüchigen und nicht contractbrüchigen Personen unterschieden werden soll. Daran reißen sich die Fragen nach den Gründen des Streiks, den Forderungen der Streikenden und dem eventuellen Erfolge des Streiks. Besondere Beachtung verdient die Frage, inwieweit Berufsvereinigungen oder dritte Personen auf den Ausbruch des Streiks hingewirkt oder den Streik unterstützt haben, insbesondere durch Geldbewilligungen. Weiterhin ist die Frage gestellt, ob der Streik durch Vergleichsverhandlungen beendet worden ist, welcher Art diese Verhandlungen waren und von welcher Seite sie eingeleitet wurden. Von Bedeutung ist auch die Frage, inwieweit während des Streiks Arbeitsmängel polizeilich haben geschützt werden müssen und inwieweit der Streik zu sonstigen polizeilichen Maßnahmen Anlaß gegeben hat. Schließlich soll Mitteilung darüber gemacht werden, ob aus Anlaß des Streiks die Staatsanwaltschaft in Anspruch genommen ist, und der nachweisbare Verlust an Arbeitslohn in Folge des Streiks festgestellt werden.

Wird seitens der berufenen Behörden im Sinne dieser Vorschriften verfahren, so wird man sich sehr freuen, daß wir sehr bald zu einer brauchbaren Streikstatistik gelangen, durch welche eine wesentliche Lücke in dem bisher vorhandenen statistischen Material ausgefüllt wird.

Die Vorgänge in Paris.

Nachdem der Bann gebrochen ist, mehrten sich die Stimmen derjenigen, welche für die Unschuld von Dreyfus und Picquart eintreten. Schon früher ging das Gerücht, Cassimir Perier hätte wegen der Dreyfusaffäre resigniert. Dieses Gerücht wird heute von dem früheren Colonialminister Lebou bestätigt.

Paris, 7. Dezember. Der frühere Colonialminister Lebou hat einem Vertreter der „Aurore“ erklärt, er habe zu der Zeit, als er noch Abgeordneter war, in freundschaftlichen Beziehungen zu Cassimir Perier gestanden. Dieser habe ihm erklärt, er habe deshalb die Präsidentschaft aufgegeben, weil er erkannt habe, daß Dreyfus ungeschuldig verurtheilt worden war.

Wenn Lebou die Wahrheit gesagt hat, dann ist es vollständig unbegreiflich, wie er sich dazu hergeben konnte, die Haft des unglücklichen Dreyfus in so unheimlicher Weise zu verklären.

Der Regierungskommissar des Kriegsgerichtes hat für den Prozeß Picquart etwa 50 Zeugen vorgeladen, von denen die meisten in Betreff des „Blut bleu“ auszusagen sollen. Picquart ließ den General Ceclerc, unter dessen Commando er in Tunis diente, als Zeugenzeugen vorladen.

Der Cassationshof verurtheilte gestern den Untersuchungsrichter Berthollet.

Der „Radical“ berichtet, die Untersuchung des Cassationshofes habe ergeben, daß der eigentliche Vertreter Oberst Henry und daß Esterhazy nur dessen Vermittler bei den fremden Militärattachés gewesen sei. Man habe festgestellt, daß Oberst Henry, welcher ein Jahreseinkommen von 8000 Francs hatte, jährlich 30 000 Francs ausgab.

Der „Observer“ bringt weitere Dreyfus-Entwüllungen, denen eine Einleitung vorangestellt ist, die sich darüber verbreitet, daß der Cassationshof nicht die Macht hat, seine Entscheidungen zur Ausführung zu bringen, wenn sie den Ansichten der Regierung und ihrer Vertreter, zum Beispiel des Generalprocurators von Paris oder des Polizeipräsidenten, entgegen seien. Darum könne auch der Kriegsminister es ablehnen, den „geheimen Dossier“ vorzulegen, und so werde auch trotz Cassationshof der Feldzug gegen Picquart weitergeführt, weil letzterer im Besitze von Geheimnissen sei, welche die Ehre von zehn der einflussreichsten Generale compromittierten. Picquart müsse deshalb zum Schweigen gebracht werden und Esterhazy habe man mit dem Nötigen versehen, damit er den Rest seines Lebens in einem fernen Lande verbringen könne. Damit sei das Geheimnis aber noch nicht begraben, noch andere wüßten davon, zum Beispiel Dupuy und Freycinet.

Der mit „dixi“ unterzeichnete Artikel selbst beginnt, wie wir einem Auszuge, den die „Frankf. Ztg.“ bringt, entnehmen, mit dem „geheimen Dossier“, dessen Inhalt etwa fünfzig hohen Offizieren und Ministern bekannt sei. Dieser Inhalt bestehe erstens aus dem gefälschten Beweise, daß Dreyfus, seit er die Kriegsschule verlassen, immer als Verräther tätig gewesen sei, zweitens aus Photographien von Briefen des deutschen Kaisers mit angeblichen Beweisen ihrer Echtheit, drittens einen gefälschten Concentrationsplan des 15. und 16. deutschen Armee-corps, den der Generalstab, als von einem Attache herührend, um einen theuren Preis kaufte, viertens Copien von angeblich verächtlichen Mittheilungen, die Dreyfus an fremde Mächte gemacht haben soll, fünftens Notizen über Geldsummen, die für diese Documente bezahlt seien. Der Artikel theilt ferner mit, daß das Nachrichtenbureau 40 000 Francs monatlich an geheimen Fonds zur Verfügung hätte, daß mit den Zuschüssen des Ministeriums des Auswärtigen und des Innern diese Summe sich bisweilen auf 100 000 Francs monatlich beläuft. Der Artikel erinnert auch daran, daß Boulanger mit darum verurtheilt wurde, weil er einen Theil dieser Fonds zu seiner Propaganda verwendete. Nun wirft der Verfasser die Frage auf, welcher Gebrauch ist seit Boulangers Zeit mit diesen Fonds gemacht?

Sechs Millionen sind in weniger als zehn Jahren ausgegeben, wer hat sie erhalten? Oberst Picquart, der jetzt in strenger Haft gehalten werde, habe mehrere Monate diese Gelder ausgezahlt, vielleicht habe er sich geweiht, weiterhin für wertlose Papierstücke große Summen zu bezahlen. Der Artikel weist darauf hin, daß einer der Richter Picquarts im Kriegsgericht Chanoine sein wird, der Billot seine Ernennung zum Obersten verdankt. Chanoine sei ausgewählt, um die übrigen Richter zu beeinflussen. Zur Linden sei von Billot zum Militärgouverneur von Paris ernannt. Zur Linden's Entscheidung, Picquart vor das Kriegsgericht zu bringen, könne man seiner Dankbarkeit gegen Billot zuschreiben. Billot selbst habe offenbar viele Gründe, zu verhindern, daß Picquart über die geheimen Fonds spricht. Der Artikel fährt wörtlich fort: Es ist nicht die Dreyfus-Angelegenheit, die den Generalstab daran hindert, den „geheimen Dossier“ auszuhandeln, es ist die Furcht, daß öffentlich bekannt werde, welcher Gebrauch mit dem Gelde gemacht wurde, das das Nachrichtenbureau zur Verfügung hatte. Es sollte Picquart, obwohl das Amtsgeheimnis ihn bindet, erlaubt werden, zu sagen, welchem General er 8000 Francs monatlich ausbezahlt! Zuletzt erwähnt der Artikel noch, daß Esterhazy in seiner Brochure mittheilt, er selbst habe jenen „dixi“ unterzeichneten Artikel der „Cible Parole“ überbracht und dem Präsidenten des Conseil d'enquête den Namen des Verfassers genannt. Dieser Name ist der des Generals de Boisdeffre selbst!

Im österreichischen Parlamente

ereigneten sich gestern mehr für Deutschland besonders wichtige Vorgänge.

Zunächst legte der Finanzminister Rajzl das Budget für 1899 vor. Nach demselben sind die gesammelten Staatsausgaben auf 760 286 793 Gulden, die gesammelten Einnahmen auf 760 754 834 Gulden veranschlagt. Der Ueberschuß beträgt demnach 468 041 Gulden, d. h. um 119 113 Gulden mehr als im Vorjahre. Das Gesamterforderniß ist um 37 413 962 Gulden höher veranschlagt als dasjenige für 1898. In seinem Epilog führte der Finanzminister aus, der Decennium hindurch währende Druck auf die Preise der landwirtschaftlichen Producte schiene gebrochen und ein Rückfall werde nicht so bald wieder eintreten. Auch die Zuckerpreise wiesen eine steigende Tendenz auf. Die landwirtschaftlichen Brennvereine seien in Vermehrung begriffen. Zu begrüßen sei auch, daß die agrarischen Kreise zur Selbsthilfe schreiten. Die Regierung werde diese Bestrebungen auch materiellement fördern. Auch auf dem Gebiete

der Industrie sei der Fortschritt aus der größeren Zahl der Actienunternehmungen zu ersehen. Die Regierung werde diesen Aufschwung durch eine Reform des Actiengesetzes zu fördern bemüht sein. Der Minister constatirte die fortwährende Gesundung der wirtschaftlichen Verhältnisse sowie die auch im Jahre 1898 eingetretene Besserung der auswärtigen Bilanz.

Hierauf beantragte Abgeordneter Dr. Groh, über die Antwort des Ministerpräsidenten Thun auf die Interpellation des Abgeordneten Jaworski betreffend die Ausweisung österreichischer Staatsangehöriger aus Preußen die Debatte zu eröffnen, da dieselbe Aufsehen erregt habe und man über sie nicht stillschweigend hinweggehen dürfe. In der Begründung führte Abgeordneter Groh aus, seine Partei sei weit entfernt, die Ausweisung österreichischer Staatsangehöriger aus Preußen gut zu heißen, wenn auch durch diese Ausweisungen Angehörige slavischer Nationalität betroffen werden. Der Zufall, welchen der Ministerpräsident zu der Interpellationsbeantwortung gemacht habe, könnte in gewissem Sinne als Drohung aufgefaßt werden. Redner glaubt nicht, daß der Ministerpräsident sich über die Tragweite seiner Worte im Klaren war. Man habe es hier nur mit einer politischen Tactlosigkeit zu thun. Redner ist fest überzeugt, daß die gemeinsame Regierung ihre Zustimmung zu den Worten des Ministerpräsidenten nicht gab, denn bei verbündeten Staatsregierungen könne man von Repressalien nicht sprechen, doch glaube Redner nicht, daß die Worte des Ministerpräsidenten das deutsch-österreichische Bündniß gefährden können, denn die Tripelallianz bewähre sich als Bedürfnis für den Weltfrieden. Auch der größte Theil der Majorität des Hauses halte sicher an diesem Bündniß fest. (Beifall links.) Der Antrag Groh wurde (sobann mit 166 gegen 124 Stimmen) abgelehnt. Hierauf wurde dem Abgeordneten Tro nach bestigen Angriffen auf den Ministerpräsidenten und nach wiederholten Rufen zur Sache das Wort entzogen. Abg. Schönerer griff den Präsidenten heftig an wegen dieser Wortentziehung, welche er als geschäftsordnungs-widrig bezeichnete. Nach einigen heftigen Auftritten zwischen den Schöneronern und der Majorität wurde die Sitzung geschlossen.

Während sich diese Vorgänge im Plenum des Abgeordnetenhauses abspielten, kam es in dem Ausschussauschüsse gleichfalls zu einer interessanten und einen nicht gerade erfreulichen Blick hinter gewisse Coullissen eröffnenden Interpellation. Der polnische Abgeordnete Rutowski stellte nämlich die Anfrage an die Regierung, ob die Nachricht wahr sei, daß der deutsche Kaiser während seiner Anwesenheit in Beirut dem deutschen Honorar-Consul gegenüber, der neben deutschen auch österreichische Firmen vertreten hat, sich dahin auf das strengste geäußert habe, daß dies als Pflichtvergessenheit angesehen werden müsse, daß also der deutsche Consul die Vertretung österreichischer Firmen sofort aufzugeben habe, was auch geschehen sei. Hierzu liegt uns heute ein Commentar in Gestalt folgenden Telegramms vor:

Wien, 7. Dezember. Zu der gestrigen Interpellation des polnischen Abgeordneten Rutowski über eine Aeußerung des Kaisers Wilhelm zum deutschen Consul in Beirut schreibt die „N. Freie Presse“, Rutowski habe die Nachricht dieses Zwischenfalles von dem Handelsminister Dipault erfahren. Dieser sei also der eigentliche Urheber der Interpellation, die sich im Geiste in derselben Bahn bewege, wie die Erklärungen bei der Interpellation über die Ausweisungen österreichischer Unterthanen aus Preußen.

Auch will man in den Wiener politischen Kreisen den Eindruck haben, als ob in der deutschen Thronrede über Rußland in einem wärmeren Ton gesprochen worden sei, als über Oesterreich-Ungarn. Trotz der Erwähnung des Kaisers von Oesterreich als „treuen Bundesgenossen“ stehe die Thronrede in dieser Beziehung von früheren Thronreden ab.

Das letztere ist nun sicher eine irrige Auffassung, und auch darüber, was die angebliche Aeußerung des Kaisers in Beirut anlangt, wird man nähere Aufklärungen erwarten müssen. Immerhin sind diese Vorgänge symptomatisch.

Peß, 7. Dez. Im Abgeordnetenhause waren heute die Bänke dicht besetzt, die Galerien gefüllt. Unter laulicher Stille wurde der Brief des Präsidenten Siliaghi verlesen, in welchem er seinen Rücktritt anzeigt. Die Linke brach nach der Verlesung in andauernde Eisenrufe aus. Der Vicepräsident Lang meldete gleichfalls seinen Rücktritt an, bemerkte jedoch, er werde bis zur Wahl eines neuen Präsidenten den Vorsitz führen und ersuchte das Haus, von der Demission des Präsidenten Kenntniß zu nehmen. (Stürmische Rufe links: „Nein!“) Rostuth beantragte im Namen seiner Partei, das Haus möge die Demission des Präsidenten nicht zur Kenntniß nehmen.

Die Lage auf Areta.

Petersburg, 7. Dez. Die russische Telegraphen-Agentur meldet aus Rezhymo: Die Muselmanen in den Bezirken Rezhymo erhielten durch die russischen Behörden Unterstufungen an Gerste, Mehl und Bauholz, worauf sie sich ins Innere der Insel begaben. Die Bevölkerung leidet 7000 Gewehre ab. Die Behörden eröffneten 35 Schulen. Die Vorbereitungen für den feierlichen Empfang des Obercommissars, Prinzen Georg, werden von den Muslimen und Christen gleichmäßig eifrig betrieben.

Deutsches Reich.

Berlin, 7. Dez. Zu Präsidenten des Reichstages wurden heute Graf Ballesbren (Centr.), v. Frege (cons.) und Schmidt (freis. Volksp.) durch Zettelwahl gewählt.

Die socialdemokratische Fraction des Reichstages hat einstimmig beschlossen, bei der Wahl eines Vicepräsidenten selbständig vorzugehen und im ersten Wahlgange für Singer zu stimmen. Als Schriftführer wird die Fraction Schippel vorschlagen. Ferner hat die Fraction beschlossen, zu dem nächsten Congreß der deutschen Seelente im Januar die Abgeordneten Meißner und Schwarz mit der Vertretung zu betrauen.

[Wegen Fälschung des Wahlergebisses] bei den letzten Reichstagswahlen im Dorfe Sand in Baden hatten sich vor der Strafammer des Landgerichts zu Offenburg als Mitglieder des Reichstags-Wahlcomitès der Bürgermeister als Vorsitzender und fünf andere Mitglieder des

Wahlvorstandes zu verantworten. Sie zugelassen, daß für 16 nicht im Wahllokal erschienenen Stimmberechtigten von anderen Personen auf den Namen ihres Candidaten (Rehman) laufende Stimmzettel abgegeben wurden. Solche lagen neben der Urne bereit. Ferner wurde von 70 anderen Wahlberechtigten, die ebenfalls der Urne fernblieben, beurkundet, sie hätten das Wahlrecht persönlich ausgeübt. Die entsprechende Zahl Zettel wanderte in die Urne. Endlich wurde der einzige für den Gegenkandidaten abgegebene Zettel aus der Urne entfernt und durch einen anderen ersetzt. Der Bürgermeister wurde zu zwei Monaten, die anderen Angeklagten zu ein bis drei Wochen Gefängniß verurtheilt.

Breslau, 7. Dez. Die Strafammer verurtheilte gestern den Schuhmann Schüh wegen Mißhandlung und widerrechtlicher Verhaltung eines Barbiers zu neun Monaten Gefängniß.

Altona, 7. Dez. Durch eine Verfügung des Landrathes von Altona-Stormarn an einen Fabrikbesitzer in Wandsbeck ist demselben die Beschäftigung österreichischer und russischer Arbeiter untersagt worden. Der Regierungspräsident bestätigte diese Verfügung. Der Fabrikbesitzer will sich nun beschwerdeführend an den Minister des Innern wenden.

Frankreich.

Paris, 7. Dez. Der „Figaro“ vergleicht die Thronrede Kaiser Wilhelms mit der Botschaft Mac Kinkens und sagt: Man würde in der Thronrede vergeblich jene anmaßende Gefinnung suchen, der die Botschaft kennzeichnet. Die Rede des Kaisers sei sehr weise, maßvoll und von praktischem Geiste erfüllt. Die Botschaft Mac Kinkens sei fast monarchisch, die Thronrede dagegen vom Gefühl demokratischer Fürsorge befeelt.

China.

Peking, 7. Dez. Der französische Gesandte überreichte dem Tsungli-Yamen ein Ultimatum, worin droht, wenn der französische Missionar, den die Rebellen von Szechuan gefangen halten, nicht innerhalb 10 Tagen freigelassen werde, werden die französischen Truppen Befehl erhalten, die Grenze zu überschreiten.

Danziger Lokal-Zeitung.

Danzig, 7. Dezember.

Wetterausichten für Donnerstag, 8. Dezember, und zwar für das nordöstliche Deutschland:

Nachhalt, meist trübe. Stürchweise Niederschläge Windig.

[Kaiserbesuch in Westpreußen.] Im Anschluß an das nächstjährige Kaisermandat im Osten ist eine große artilleristische Uebung in der Nähe Thorns geplant, welcher wahrhaftig der Kaiser beizuwohnen wird. Man nimmt an, daß der Monarch die Stadt Thorn besuchen wird.

[Telegramm an den Kaiser.] Der hiesige katholische Volksverein hatte in seiner letzten Sitzung am Freitag folgendes Telegramm an den Kaiser beschlossen und abgesandt:

„Der heutigen monatlichen Versammlung der katholischen Volksvereins zu Danzig ist es Herzensbedürfnis, Ew. Majestät für Allerhöchstherrn Schenkung der Dormition den aufrichtigsten Dank zu Füßen zu legen, verbunden mit der Erneuerung des Gelübisses unerschütterlicher Treue.“

Danzig, 2. Dezember 1898.

Der katholische Volksverein zu Danzig.

Darauf ist aus dem kaiserlichen Civilcabinete nachstehende telegraphische Antwort eingegangen:

„Katholischer Volksverein Danzig. Seine Majestät der Kaiser und Königin haben den Ausdruck des Dankes und unerschütterlicher Treue am Anlaß der Ueberweisung der Dormition gern entgegen genommen.“

Auf allerhöchsten Befehl:
v. Luccas, Geheimrer Cabinetsrath.“

[Stadtverordnetenwahl.] Heute Vormittag 10 Uhr wurde im StadtverordnetenSaale durch die vereinigten Wahlvorstände, welche gestern functionirt hatten, unter Vorsitz des Herrn Stadtrath Cronau das Resultat der gestrigen Stichwahl ermittelt und verkündigt. Dasselbe entspricht genau den Zahlen, welche wir in der gestrigen Nummer mitgetheilt haben. Herr Brunzen wurde somit als gewählt erklärt.

[Dem neuen Postgebäude.] Am neuen Postgebäude ist nunmehr das in Kunstschmiedarbeit aus Eisen gefertigte Thor am Haupteingange von der Langgasse aufgestellt worden. Außerdem ist mit der Anbringung der ebenfalls in Kunstschmiedarbeit hergestellten Vergitterungen der Fenster des Erdgeschosses der Anfang gemacht worden. Die Schmiedarbeiten sind sämmtlich in der Kunstschmiede von B. Adler hieselbst angefertigt worden und zeichnen die Aufmerksamkeit aller Passanten. Sie werden auch, zumal wenn die beabsichtigte Vergoldung einzelner Theile erst durchweg zur Ausführung gelangt sein wird, wesentlich zur Verzierung der Hauptfront beitragen.

[Aenderung des Fahrplans auf der Nebenbahn Rheda-Puñig.] Auf der Nebenbahn Rheda-Puñig, welche am 15. d. Mts. für den Verkehr eröffnet wird, werden zunächst und bis zur Fertigstellung der noch ausstehenden Bauarbeiten (entgegen den bisherigen Bekanntmachungen) an den Werktagen nur zwei Züge in jeder Richtung, am 15. d. Mts. jedoch, sowie an den Sonn- und Festtagen drei Züge in jeder Richtung nach dem folgenden Fahrplan verkehren:

Ab Rheda 8.35 d., an Puñig 9.31 d.
„ „ 2.25 d., „ „ 3.21 d.
„ „ 7.25 d., „ „ 8.21 d.
Ab Puñig 7.02 d., an Rheda 7.58 d.
„ „ 12.42 d., „ „ 1.38 d.
„ „ 4.47 d., „ „ 5.43 d.

Die Züge 954 und 953 verkehren zunächst am 15. d. Mts. und an den Sonn- und Festtagen.

[Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalt.] Am Sonnabend findet im Landeshause eine Vorstands- und Ausschussung der Anstalt statt, in der der Verwaltungsvericht beraten und die Beisitzer und deren Stellvertreter für die Schiedsgerichte gewählt werden sollen.

[Bemerkenswerthe vorgefichtliche Fund.] Zu den bedeutendsten Denkmälern der Vorzeit in unserer Provinz, auf der linken Seite der Weichsel, gehören die Gessichtsurnen; und das hiesige Museum besitzt davon die reichste Sammlung überhaupt. Am anderen Ufer sind Gefäße der Art äußerst selten, und das interessanteste Stück, welches vor nahezu drei Jahrzehnten in

